

Hier, in unserer sozialistischen DDR, ist die

Einheit der Wissenschaft verwirklicht

Der Artikel der drei Studenten der Karl-Marx-Universität zu grundlegenden Problemen der Entwicklung der beiden deutschen Staaten und der klassenmäßigen Erziehung fordert zur Stellungnahme auf. Wir möchten unsere Gedanken zu einer Diskussion äußern, um deren richtige Beantwortung sich jeder Wissenschaftler und Lehrender bemühen muß. Es ist die Frage:

Wie ist eine einheitliche deutsche Wissenschaft?

In Deutschland stehen sich gegenwärtig zwei Staaten gegenüber, deren Interessen die Interessen des Volkes einerseits und die Interessen des deutschen Imperialismus andererseits — auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens unvereinbar miteinander sind. Die Wissenschaft in der DDR hat maßgeblichen Anteil an der Errichtung und dem Aufbau einer in Deutschland beispiellosen neuen Gesellschaftsordnung und damit an der ständigen Stärkung des sozialistischen Staates — der Deutschen Demokratischen Republik. Die wachsende Überlegenheit unseres sozialistischen Systems über die verrottete Bundesrepublik Deutschland und die Unvereinbarkeit der Interessen dieser beiden einander grundsätzlich entgegengesetzten Staaten werden den Bürgern der DDR immer mehr bewußt.

Die Voranschreiten und besonders die ethisch-moralische Geschlossenheit der Bevölkerung der DDR ist jedoch den Verhältnissen des Alleinvertragsanspruchs des Militarismus der Bundesrepublik gegenüber zu versuchen, durch demagogische Verwirrung in das Bewußtsein der Menschen zu tragen und bei manchem vorhandene Unklarheiten und Illusionen zu beseitigen. Eine solche Behauptung ist die, es gäbe eine einheitliche deutsche Wissenschaft. Diese scheinbar so politische Phrase ist Bestandteil der von

punkt zu den konkreten Verhältnissen in den beiden deutschen Staaten heran. Wissenschaftler, die — auf ihrem Spezialgebiet an wissenschaftliche Denkleistungen gewöhnt, das heißt, den Tatsachen Rechnung zu tragen — die Wissenschaft selbst und ihre Rolle als Wissenschaftler unwissenschaftlich betrachten, befinden sich in einem tiefen geistigen Widerspruch.

Die Wissenschaft ist nicht nur eine Menge theoretischer Systeme, die, wie die Geschichte der Wissenschaft beweist, niemals weltanschaulich- und ideologieinvariant ist, sondern auch ein Ensemble wissenschaftlich tätiger Individuen und ein Komplex wissenschaftlicher Einrichtungen und Ausrüstungen. Die Entstehung und Geschichte der Wissenschaft ist Ausdruck des theoretischen Verhältnisses des gesellschaftlichen Menschen zur natürlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit. Aber das theoretische Verhältnis stellt lediglich eine notwendige Ergänzung, eine notwendige Konsequenz des praktischen Verhältnisses des Menschen zur Wirklichkeit dar, wo der Mensch dem Gegenstand seinen individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen und Zwecken gemäß umzugestalten bestrebt ist. Es ist der gesellschaftlich tätige Mensch, der in seinem praktischen Verhältnis zur Wirklichkeit die Notwendigkeit der Wis-

senschaft erfährt und der infolge der Arbeitsstellung in der sozialistisch gesehenen Gruppe „Wissenschaftler“ die Wissenschaft entwickeln kann. Das praktische und theoretische Verhältnis des Menschen zur Wirklichkeit realisiert sich immer unter konkreten sozialökonomischen und politischen Bedingungen, die wiederum durch die gesellschaftliche Tätigkeit des Menschen geschaffen wurden. Daraus folgt:

1. Die Wissenschaft kann nicht Selbstzweck sein, vielmehr ist die Ziel- und Zwecksetzung der Wissenschaft jeder Gesellschaftsordnung bestimmt durch die Interessen der den praktischen und theoretischen Aneignungsprozeß der Wirklichkeit beherrschenden Klassen.

2. Der Wissenschaftler wird bei der Ziel- und Zwecksetzung sowie bei der Wahl der Methoden der Forschung und bei der Interpretation der Ergebnisse der Forschung nicht zuletzt von seiner Weltanschauung, die als ideologischer Reflex der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse erscheint, bestimmt.

3. Der Wissenschaftler als gesellschaftliches Individuum trägt Verantwortung für seine Forschung gegenüber der Gesellschaft. Er trägt Verantwortung für die gesellschaftliche Verwendung der Resultate seiner Forschung und die gesellschaftliche Auswahl der Objekte seiner Forschung.

Ausschließlich humanistische Zwecksetzung der Wissenschaft ist allein in der sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich, da mit der sozialistischen Gesellschaft eine wahrhaft menschenwürdige Gesellschaft geschaffen wurde, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist.

Der Wissenschaftler kann nur dann seiner Verantwortung voll und ganz gerecht werden, wenn seine individuellen Interessen

sowie sein humanistisches Berufsethos mit den gesellschaftlichen Interessen in Einklang stehen. Die Übereinstimmung der gesellschaftlichen und individuellen Interessen ist aber nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung garantiert, da der Klassenantagonismus im Sozialismus auch hinsichtlich der Klasseninteressen aufgehoben ist.

Diese Bedingungen sind in der bisherigen Geschichte Deutschlands zum erstenmal in der DDR verwirklicht. Obwohl von 1871 bis 1945 ein einheitlicher deutscher Nationalstaat existierte, waren die Voraussetzungen für eine einheitliche deutsche Wissenschaft nie gegeben, die im einheitlichen Klasseninteresse und demzufolge in einheitlicher Zweck- und Zielsetzung der Wissenschaft sowie in der einheitlichen weltanschaulichen Position bestehen. Ausdruck dafür ist nicht nur die Entwicklung der Gesellschaftswissenschaft der Arbeiterklasse, sondern auch die Entscheidung vieler namhafter humanistischer Wissenschaftler gegen den Mißbrauch der Wissenschaft durch den deutschen Imperialismus.

Eine reine, nicht gesellschaftsgebundene Wissenschaft, wie sie einige Wissenschaftler noch als Ideal ansehen, stellt also weiter nichts als eine Fiktion dar. Folglich kann eine einheitliche deutsche Wissenschaft nicht das Ergebnis von Kontakten der Wissenschaftler sein. Die gesellschaftliche Gebundenheit der Wissenschaft wird auch heute im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution mehr denn je deutlich. Die Wissenschaft wird zur unmittelbaren Produktivkraft, was nicht zuletzt seinen Ausdruck darin findet, daß wissenschaftliche Ergebnisse direkt produktionswirksam werden und daß die Produktion ohne die Wissenschaft nicht mehr betrieben und entwickelt werden kann. Damit erhöht sich zugleich im Imperialismus die Gefahr der Anwendung des wissenschaftlichen Fortschritts gegen den gesellschaftlichen Fortschritt, der vor allem durch den Sozialismus verkörpert wird. Der Wissenschaftler trägt also um so gewichtiger Verantwortung für die Resultate seiner Forschung, der er nur nachkommen kann, wenn er sich für den Kampf gegen die sozialökonomischen und politischen Bedingungen des Mißbrauchs seiner Wissenschaft, also gegen die Herrschaft des Imperialismus entschließt.

Die Wissenschaft ist im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution unter anderem durch folgende Wesenszüge gekennzeichnet: zunehmende Industrialisierung, fortschreitende Differenzierung und gegenseitige Durchdringung.

Exakterwerden und wachsendes Entwicklungstempo.

Ein besonderes Kennzeichen der Wissenschaftsentwicklung in der wissenschaftlich-technischen Revolution besteht nun darin, daß die Wissenschaft erstmalig in ihrer Geschichte nicht nur der Befriedigung von Bedürfnissen dient, sondern vielmehr in wachsendem Maße selbst Bedürfnisse hervorbringt. Sie stellt selbst Anforderungen an die Gesellschaft. Solche Anforderungen sind unter anderem die Planung, Koordinierung und Organisation der Wissenschaften, die Entwicklung eines neuen Bildungssystems und die Bereitstellung enormer finanzieller Mittel zur Entwicklung der industriemäßigen Forschung.

Diese Anforderungen sind optimal nur in der sozialistischen Gesellschaft realisierbar, da hier die gesamtgesellschaftliche Entwicklung wissenschaftlich prognostiziert, geplant und gelenkt wird, weil hier die Bildungsprivilegien gebrochen worden sind, das Bildungs- und Erziehungsziel bei der Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit den Erfordernissen der modernen Wissenschaft entspricht und weil hier die hohen finanziellen Aufwendungen durch sozialistische internationale Zusammenarbeit besser getragen werden können.

Der Möglichkeit nach ist also die sozialistische Gesellschaft am besten geeignet, die Bedürfnisse, die die moderne Wissenschaft stellt, zu befriedigen, nicht zuletzt deswegen, weil sie selbst hinsichtlich der Prognostik, der Planung und Lenkung auf wissenschaftlichen Voraussetzungen basiert. Das ist auch der Grund, weshalb im Sozialismus die eigentliche Einheit der Wissenschaft, nämlich als Einheit von Wissenschaft und sozialistischer Gesellschaft und — unter besonderem Aspekt — von Natur- und Gesellschaftswissenschaften verstanden, hergestellt werden kann.

Welche politisch-ideologischen und ethisch-moralischen Konsequenzen ergeben sich aus unseren Betrachtungen?

1. Die vornehmste Pflicht jedes Wissenschaftlers der DDR ist es, in seiner wissenschaftlichen Arbeit höchstmögliche Ergebnisse zu erzielen, sie seinem Staat vorbehaltlos zur Verfügung zu stellen und damit zur allseitigen Stärkung seiner Republik beizutragen.

2. Es muß zum Ethos jedes Wissenschaftlers der DDR gehören, daß er sich nicht den Interessen der Strauß-Kleininger-Regierung unterordnet und die Heimat und Förderstätte seiner Wissenschaft, die sozialistische DDR, verleugnet und als deutscher Wissenschaftler schlechthin auftritt. Ein solches etwaiges Auftreten würde bedeuten, die Alleinvertragsanmaßung der Bonner Regierung und ihren Anspruch auf Deutschland in den Grenzen von 1937 zu unterstützen.

3. Der Hochschulwissenschaftler der DDR muß bereit sein, die ihm anvertrauten Studenten klassenmäßig zu erziehen. Die klassenmäßige Erziehung der Studenten erfordert vom Wissenschaftler einen Entwicklungsprozeß, der von der Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei, vom Vertrauen in die Politik der Partei und Regierung zum Studium der Theorie des Marxismus-Leninismus und zum Selbstbekenntnis zur wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse führen kann und sollte. Zieht der Wissenschaftler die angeführten Konsequenzen, so wird er seiner Rolle als Staatsbürger der souveränen sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik in der gegenwärtigen Epoche gerecht.



WIE SIE ES SELBST SEHEN: Die Wissenschaft in Westdeutschland ist der Bonner Politik unterworfen und gezwungen, ihr zu dienen — Ausdruck des Zwiespaltes zwischen Geist und Macht, zwischen dem Wesen der Wissenschaft und ihrer Rolle in der imperialistischen Gesellschaft.

Karikatur: „Die Welt“

Dr. Wolfram Heitsch
Dr. Renate Kramer,
Institut für Philosophie

Die Knesinger-Regierung verfocht eine Expansionspolitik gegenüber der DDR, die auf die Überwindung der wissenschaftlichen Einheit in das jeweilige Gesellschaftssystem infiziert ist und die Wissenschaft in Westdeutschland zum Kampf gegen die DDR und damit auch ihrer Unterwerfung unter die DDR benutzt wird. Zur Unterbrechung der Vorbereitung der offenen Aggression gegen die DDR soll über den Bonner Kontakt zwischen den Wissenschaftlern beider deutscher Staaten der Forderungenanspruch der westdeutschen Regierungen auf wissenschaftlichem, wissenschaftspolitischem und ideologischem Gebiet realisiert werden. Der Glaube an die Möglichkeit von Kontakten zu Wissenschaftlern ist also in der gegenwärtigen Epoche eine gefährliche Illusion, weil er bewußt oder unbewußt den aggressiven Absichten Bonn gegenüber die DDR Vorschub leistet.

Wie auf die Frage nach dem Vorhandensein einer einheitlichen deutschen Wissenschaft eine bejahende Antwort erfolgt, führt den sozialen Bezug der Wissenschaft, geht an die Wissenschaft ein — mit nur Probleme des Gegenstands der Wissenschaft ins Auge fassend — von einem falschen politischen Stand-

PARTEI-LEHRJAHR

Staat, Demokratie und Kommunismus

Lenin in „Staat und Revolution“ zur Kritik von Marx und Engels am Gothaer Programm der deutschen Sozialdemokratie

Studientext

Eine der bemerkenswertesten, wenn nicht die bemerkenswerteste Betrachtung in den Werken von Marx und Engels über den Staat ist folgende Stelle in einem Brief von Engels an Bebel vom 18. 28. März 1875...

Engels kritisiert in seinem Brief an Bebel denselben Entwurf des Gothaer Programms, an dem auch Marx in seinem berühmten Brief an Bracke Kritik übte. Speziell zur Frage des Staates schrieb Engels folgendes:

„Der freie Vollstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatikalisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallenlassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der Vollstaat ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon und nachher das kommunistische Manifest direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der

Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, von freiem Vollstaat zu sprechen. Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald der Staat als solcher auf zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, überall statt Staat „Gemeinwesen“ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische „Commune“ sehr gut vertreten kann.“

Man muß im Auge behalten, daß dieser Brief sich auf das Parteiprogramm bezieht, das Marx in einem nur wenige Wochen später geschriebenen Brief (datiert vom 5. Mai 1875) kritisierte, und daß Engels damals mit Marx zusammen, in London lebte. Wenn also Engels im letzten Satz „wir“ sagt, so empfiehlt er zweifellos in seinem und Marx' Namen dem Führer der deutschen Arbeiterpartei, das Wort „Staat“ aus dem Programm zu streichen und es durch das Wort „Gemeinwesen“ zu ersetzen...

Bei der Überprüfung unseres Parteiprogramms muß der Ratsschlag von Engels und Marx unbedingt berücksichtigt werden, um der Wahrheit näherzukommen, um den Marxismus wiederherzustellen und ihn

von Entstellungen zu säubern, um den Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung sicherer zu lenken. Unter den Bolschewiki werden sich gewiß keine Gegner des Ratsschlages von Marx und Engels finden...

Bei einem oberflächlichen Vergleich des Briefes von Marx an Bracke vom 5. Mai 1875 mit dem... Brief von Engels an Bebel vom 18. 28. März 1875 könnte es scheinen, als wäre Marx viel mehr „Staatsverehrer“ als Engels und als bestünde zwischen den Auffassungen der beiden Verfasser über den Staat ein ganz erheblicher Unterschied...

Marx... spricht sogar vom zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft, d. h., er erkennt scheinbar die Notwendigkeit des Staates selbst unter dem Kommunismus an...

Eine nähere Betrachtung ergibt, daß die Ansichten von Marx und die von Engels über den Staat und dessen Absterben sich durchaus decken, der erwähnte Ausdruck von Marx bezieht sich aber gerade auf dieses absterbende Staatswesen.

Es ist klar, daß von einer Bestimmung des Zeitpunktes des künftigen „Absterbens“ nicht einmal die Rede sein kann, um so mehr, als es sich bekanntlich um einen langwierigen Prozeß handelt. Der scheinbare Unterschied zwischen Marx und

Engels erklärt sich aus der Verschiedenheit der Gegenstände, die sie behandelten, der Aufgaben, die sie verfolgten. Engels machte sich zur Aufgabe, Bebel anschaulich, scharf, in großen Zügen die ganze Unsinnigkeit der landläufigen (und in nicht geringem Maße von Lassalle gestellten) Vorurteile in bezug auf den Staat nachzuweisen. Marx streift diese Frage nur nebenbei; ihn interessiert ein anderes Thema: die Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft...

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft“, fährt Marx fort, „liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Diese Schlußfolgerung beruht bei Marx auf der Analyse der Rolle, die das Proletariat in der modernen kapitalistischen Gesellschaft spielt, auf den Tatsachen der Entwicklung dieser Gesellschaft und der Unvereinbarkeit der einander entgegen gesetzten Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie.

Früher wurde die Frage so gestellt: Das Proletariat muß, um seine Befreiung zu erlangen, die Bourgeoisie stürzen, die politische

Macht erobern und seine revolutionäre Diktatur errichten.

Jetzt wird die Frage etwas anders gestellt: Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft, die sich zum Kommunismus hin entwickelt, zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne eine „politische Übergangsperiode“, und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein...

Die Diktatur des Proletariats aber, d. h. die Erhebung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Unterdrückten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. Zugleich mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der zum erstmalig zum Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht zum Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrückten, die Ausbeuter, die Kapitalisten...

Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter, der Unterdrückten des Volkes, d. h. ihre Ausschließung von der Demokratie — diese Modifizierung erfährt die Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus.